

Protokoll der 11. Sitzung 2024/25 des Studierendenparlaments der Verfassten Studierendenschaft des KIT

Die Sitzung fand am Dienstag, den 18.02.2025 um 19.30 Uhr im hinteren AStA-Container statt.

Sitzungsleitung: Markus Schulz-Ritz

Protokoll: Markus Schulz-Ritz



Studierendenparlament
Deine Interessensvertretung an der Uni!

Anwesenheitsliste

Abgeordnete:

	Abgeordnete:r	ggf. vertreten durch
a a ve a a a a	Markus Schulz-Ritz Daniel Ritz Felix Krafft Tom Castendiek Philip Kohle Mehmet Alp Cehri Thuy-Tien Tran	Daniel Ritz
ve a a	Elisé Wamen Tobias Deeg Markus Magarin	Adrian Keller ab 21.05 Uhr ab 21.05 Uhr ab 20.31 Uhr
a a	Jan Breitbart Sophia Liang	
a ve a ve a a	Franka Fockel Thilo Hoffmann Sascha Gruber Tina Schindelhauer Niklas Hemken Charlotte Lehnert	Niklas Hemken Franka Fockel
a a ve	Simon Kurtenbach Aris Lemonidis Max Geipel	Simon Kurtenbach
a a	Antonia Bielefeld Alexander Hallitscke	Alexander Hallitscke
a a	Sarah Raab Paul Hegenberg	

Gäste:

Name	ggf. Organisation
Christian Schliz	ÄRa-Vorsitz
Celine Lauff	ÄRa
Tobias Wiese	AStA
Nicoletta Pütz	AStA
Yannik Enss	AStA
Philipp Takacs	

a: anwesend, e: entschuldigt, u, unentschuldigt

Protokoll

1 Begrüßung

Um 19.40 Uhr wird die Sitzung eröffnet.

2 Fragestunde der Öffentlichkeit

2.a Aussprache des Präsidiums

Markus SR: erklärt die Situation, die gerade vom Ältestenrat diskutiert wird.: Verweis an dieser Stelle auf das ÄRa Protokoll samt Beschlüssen vom 18.02.2025.

3 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Mit 22 Stimmen ist das StuPa beschlussfähig.

4 Genehmigung der Tagesordnung

Weitere TOs 5a Geldfreigabe Kühlschränke, 5b Sammelbeschluss 1. Begrüßung

2. Fragestunde der Öffentlichkeit

3. Feststellung der Beschlussfähigkeit

4. Genehmigung der Tagesordnung

5. Anträge

5a. Geldfreigabe Kühlschränke

5b. Sammelbeschluss

5c. Änderung der Satzungen

6. Wahlen

6a. Vorstand

6b. Ältestenrat

6c. Wahlausschuss

6d. Finanzausschuss

6e. Vergabekommission der Notlagenhilfe

6f. Kontrollkommission der Notlagenhilfe

6g. Ehrenkommission

6h. Senatskommission für Studium und Lehre

6i. Senatskommission Programmevaluation Lehre und Studium (KIT-PLUS)

6j. Senatskommission für Fragen der Lehrerausbildung

6k. Haushaltskommission

6l. Kommission Lehrerbildung Karlsruhe

6m. Beirat des House of Competence

6n. Kommission zur Vergabe der Qualitätssicherungsmittel am ZAK

6o. MINT-Kolleg Planungsausschuss

6p. zentrale Kommission zur Verteilung der Qualipaktmittel

6q. Vertretungsversammlung des Studierendenwerks Karlsruhe

6r. Ausschuss für Informationsversorgung und -verarbeitung: Infrastruktur

6s. Lenkungs- und Arbeitskreis für Informationsversorgung und -verarbeitung in Studium und Lehre

6t. Lenkungs- und Arbeitskreis für Informationsversorgung und -verarbeitung in Forschung und Innovation

6u. Rat der Studierenden von Eucor

6v. EPICUR SHAPE IT Student Board

6w. Rechnungsprüfung des Fördervereins der Studierendenschaft des KIT

6x. KIT2025 Sounding Board

6y. Beirat für internationale Studierende

6z. Runder Tisch der Nachhaltigkeit

7. Berichte

7a. Vorstand (AStA)

7b. FSK

7c. Sonstige Berichte

8. Sonstiges

Abstimmung: (22, 0, 0), (j, n, ent.) angenommen

5 Anträge

5.a Geldfreigabe Kühlschränke

Antragstext: Das Stupa gibt 2000€ für die Beschaffung eines Cateringkühlschranks und die dazugehörigen Materialien (z.B. Putzzeug, Rollvorrichtung) für den Verleih des AStA aus dem allgemeinen Haushalt frei.

Nicoletta: stellt Antrag vor.

1. Lesung:

Abstimmung für Weiterbehandlung

Abstimmung: (22, 0, 0), (j, n, ent.) angenommen

2. Lesung:

keine Wortbeiträge

3. Lesung:

keine Wortbeiträge

Abstimmung: (22, 0, 0), (j, n, ent.) angenommen

Nicoletta: Ich gehöre zum theoretisch gewählten Wahlausschuss. Ihr habt Briefbenachrichtigung ja rausgestrichen. Ihr habt aber 3k für einen Bauwettbewerb freigegeben, aber Wahlbeteiligung legitimiert euch ja. Man kann es wenigstens freigeben. Wenn ihr nicht freigibt, erwarten wir Wahlwerbung von euch.

Niklas: Den Brief nimmt man nicht ernst, war unsere Begründung. Der würde als Spam wahrgenommen werden. Das Geld kann man in Werbung auf Campus sinnvoller investieren. Bauwettbewerb können alle Bau-Ing teilnehmen. Dort ist es besser investiert.

Sarah: Weiß nicht, ob du Wahlwerbung bekommen hast.

Nicoletta: Ist offizielle Wahlbekanntmachung. Das ist kein Flyer.

Aris: Kam vor zwei Wochen schon auf. Wie habt ihr das durchgerechnet?

Nicoletta: Drucken in AStA Druckerei, bringen es selber zur Post. Es gibt Mengenrabatt der Post. Jeder Studi bekommt ein Brief. Problematisch sind die Auslandsstudis.

Tom: Ja, Auslandsstudis.

Nicoletta: Die Wahl wird verlinkt,

Tom: Können wir mehr Werbung machen?

Nicoletta: Haben wir die letzten Jahre probiert, hat entsprechend nicht funktioniert.

Sarah: Wir sollten das machen, aber 10000 euro sind echt viel, auch wenn es eine Wahlbekanntmachung ist. Ich werde es genauso wegwerfen wie Wahlwerbung. Fände es effektiver, jemand anzustellen, der Leute motiviert, zu wählen.

Niklas: Mit der Hälfte des Geldes kann man Leute anstellen, die vor der Mensa Flyer verteilen.

Nicoletta: Das wird von euch erwartet.

Jan: Finde 10k sind ein stolzer Preis. Wenn ich anschau, was wir an anderer Stelle Geld ausgeben und wie unsere Legitimierung ist, finde ich das schon entsprechend. Wir haben schon lange ein Problem mit Legitimierung, alles war wirkungslos. Von der Fachschaft kenne ich das, dass alles was vorgeschlagen wird, nie funktioniert. Briefe finde ich nicht besonders effektiv, aber irgendwas sollten wir probieren. Sonst ändert sich nichts daran, dass unsere Legitimierung schlecht ist. Außer, dass wir uns öffentlichkeitswirksam zerfetzen, aber das ist nicht effektiv.

Jemina: Hat man sich auch angeschaut, wie das bei anderen Unis funktioniert, ob es da effektivere Methoden gibt.

Nicoletta: Wir haben uns nur einmal getroffen als Wahlausschuss, wir haben uns nur unsere Wahlbeteiligung angeschaut und haben den frühern Wahlausschuss gefragt. Es gab früher eine bessere Wahlbeteiligung, deswegen. Aber nein, wir haben uns andere Unis nicht angeschaut.

Alexander: Es wäre gut, wenn es eine 'Stupa-Reality-TV-Schow' gäbe. Dass Briefe direkt weggeschmissen werden ist anekdotisch. Die meisten schauen sich die Briefe schon an. Vielleicht schmeißen den dann trotzdem 10 Prozent weg. Briefe sind vllt nicht die effektivste Methode, aber es könnte funktionieren. 8 Prozent Wahlbeteiligung sind nicht gut. Man sollte neue Methoden ausprobieren. Das eigentliche Problem ist, dass die meisten nicht wissen, was das Stupa ist. Würdet ihr zur Bundestagswahl gehen, wenn ihr nicht wisst, was der Bundestag ist? Briefe sind vllt nicht allzu effektiv, aber man sollte schon Geld in die Hand nehmen.

Sophia: Muss Alex zustimmen. Es ist egal, ob es Flyer oder Briefe sind, wenn ich nicht weiß, um was es geht. Dann interessiert es mich einfach nicht. 10k sind sehr hoch gegambled.

Sascha: Grundsätzlich wäre ich bereit, das zu gambeln, aber nicht mit Briefen. Sehr viele Leute haben alte Adressdaten beim KIT, die Stadt wird euch die Adressen nicht geben. Dann wird es nicht ankommen bei den Personen. Unis allg. haben eine schlechte Wahlbeteiligung. 15 Prozent wäre das höchste der Gefühle, 20 Prozent wenn wir keine Maschbauer oder Infos weglassen, da haben wir zu wenig staatsmännische Bildung dafür. Mir war auch nicht bewusst, dass ihr das alles selber macht. Ich galube, einfach nicht, dass es das bringt, was ihr euch davon erhofft

Antonia: Habt ihr die Adressdaten schon?

Nicoletta: Nein, die bekommen wir erst, wenn das Sommersemester angefangen hat.

Antonia: Es wäre gut, wenn ihr die Adressdaten früher bekommen könntet, dann wüssten wir, wie viele in Karlsruhe gemeldet sind. Dann könnten wir besser einschätzen, wie sinnvoll Briefe sind.

Alp: Gibt es einen bemerkbaren Trend, dass es runtergeht?

Nicoletta: Es war früher deutlich besser, so bei 20 Prozent, das ist unser traumziel. Das ist die letzten Jahre so. Wir hatten die Online-Wahl, nicht ganz so gute Wahlauschüsse, entsprechend die Wahlbeteiligung.

Alp: Sind die Leute zu faul oder wissen sie nicht von der Wahl?

Nicoletta: Ich denke sie wissen nichts von der Wahl.

Alp: Ich denke eher zweiteres, so ist es mir persönlich begegnet.

Nicoletta: Für die Bundestagswahl habe ich keinen Bock, aber hier muss man ja nur ein Kreuzchen setzen.

Alp: Da sind wir anderer Meinung.

Franka: Zwei Fragen: Würde in der Bekanntmachung exakt das selbe stehen, wie in den Mails, die wir jetzt schon schicken?

Nicoletta: Wir haben uns Gedanken gemacht, inhaltlich wird das sehr ähnlich sein, for-

mal halt anders.

Franka: Ich bin von dem Betreff schon so verwirrt, und lese dann das Beamtendeutsch nicht mehr. Es würde mehr bringen, wenn die Bekanntmachung in 'normalem' Deutsch wäre. Zweitens: die Flyer, die wir vor der Mensa verteilen, sagen nicht, was man wählen kann und was das Stupa macht. Es wäre sinnvoll, 'neutrale' Flyer zu machen, die mal erklären, um was es eigentlich geht. Das könnte die Wahlbeteiligung eher erhöhen.

Nicoletta: Noch ein Punkt: Ihr habt einen motivierten Wahlausschuss, jetzt wäre die Zeit das auszuprobieren, weil die nächsten werden vielleicht nicht so motiviert sein. Weder zu Aufwand noch zum Geld. Klar könnte man andere Sachen machen, aber die Briefe sind einfacher Aufwand, die anderen Sachen sind viel mehr Aufwand, weil du spezifische Leute brauchst, da sind die Briefe einfacher zu organisieren, auch wenn wir wollten. Und ein Brief bekommt man nicht so oft, da ist der Brief mal was besonderes, da achtet man drauf. Die Website sollte überarbeitet werden, dass der Brief darauf verlinkt. Da wird man informiert, um genau die Uninformiertheit zu lösen.

Markus M: betritt um 20:31Uhr die Sitzung

Aris: Ich finde Briefe einen sehr guten Vorschlag, weil die Bedeutung von Briefen gewachsen ist. Es quillt das E-Mail Postfach über, aber nicht das 'normale' Postfach. Und im Mailverteiler kommt einfach zu viel. Bei Werbung auf dem Campus muss man meistens erstmal beantworten, was das Stupa macht, Und die zweite Frage ist dann, was betrifft es mich? Die meisten haben nichts mit dem AStA zu tun. Wenn man einen Brief bekommt, hat das mehr Seriosität, wenn die es schaffen, mir einen Brief zu schicken, dann werden die schon relevant sein. Ich würde das schon machen, das wird sich auf die Beteiligung ausschlagen, auch wenn es nur 15 Prozent sind, dann sind das schon viel.

Sarah: Früher war die Wahlbeteiligung besser, aber da wurden keine Briefe verschickt. Wie das?

Nicoletta: Die hatten Banner, mehr Plakate, die haben sich mehr Mühe gegeben.

Sarah: Was wäre das Kriterium für einen Erfolg?

Nicoletta: 20 Prozent mit Brief wären toll.

Sarah: Ist es kritisch, dass ihr das Geld jetzt schon bekommt?

Nicoletta: Es geht darum, dass es in den Haushalt geschrieben wird. Müsste sonst ein Antrag sein, danach geht es aber auch.

Jan: Meine Erfahrung ist, dass viele die Wahl nicht mitbekommen haben und es gibt viele, die sagen, es juckt mich nicht. Und es gibt viele, die sagen, dass sie später wieder kommen. Damit müssen wir leben. Wenn wir daran etwas ändern wollen, dann werden wir das nicht bei dieser Wahl erreichen, sondern über einen längeren Zeitraum. Und das sagen wir bei jeder Wahl. Vllt. diskutieren wir das mal im StuPa und lagern das nicht immer zum Wahlausschuss oder ähnliches aus. Im Rahmen der Wahl werden wir das Problem nicht lösen können.

Nicoletta: Ich komme auch gern und nerve euch zu einem anderen Zeitpunkt.

Jan: Haben Briefe eine Auswirkung, was die offizielle Einladung ist?

Sophia: Als Wahlhelferin habe ich mitbekommen, dass sich sehr sehr viele Leute nicht für die Wahl interessieren. Es sind 10k Euro für ein Pflaster und nicht die Wurzel des Problems und deshalb nicht wert. Ich stimme zu, dass jetzt der Zeitpunkt ist, um es mal auszuprobieren. Ich habe aber auch keine Lösung. Deshalb würde ich bei den Briefen mitgehen um es mal auszuprobieren.

Alexander: Die höchste Wahlbeteiligung war 2020, 26 Prozent, steht auch auf Wikipedia. Es zeigt eigentlich, dass mehr wählen würden, wenn es einfacher wäre. Was wäre, wenn ihr nicht das Geld kriegen würdet? Habt ihr andere Ideen?

Nicoletta: Ilias Banner und Mensa Werbung, sind alles was uns eingefallen ist. Die erste Mail ist jetzt schon rausgegangen. Die Webseite soll aufbereitet werden auch mit Informationen für die Wahl. Überall auf dem Campus sollen Banner hängen. An jedem Eingang vom Campus. Vor dem AKK. Am Campus Nord. Wir werden mit Besser-at-KIT zusammenarbeiten. Auch auf den Bildschirmen im InformatiKom und der Mensa.

Paul: Wenn ich selber nicht Plakatieren würde, würde ich an diesen Plakaten vorbeigehen.

Tom: Mir ist zu den Adressen aufgefallen: es ist so, dass wahrscheinlich viele die falsche Adresse eingetragen haben. Dann geht das in eine Wohnung, wo man vielleicht schon lange nicht mehr gilt. Ihr unterschätzt möglicherweise den Aufwand, die Briefe zu verpacken, die Aufkleber draufzukleben, zu falten und zuzukleben.

Nicoletta: Wir haben ausnahmsweise Lust drauf

Aris: Ich widerspreche dir, dass wir uns abfinden müssen, dass es viele nicht interessiert, was wir machen. Ich glaube, dass der Teil, den es interessiert nicht 8 Prozent sind. Das Ziel 20 Prozent hört sich sehr gut an. Dass es mal 26 Prozent gab, gibt mir Hoffnung, dass es auch besser geht. Auf was können wir uns berufen, dass die uns gewählt haben. 8 Prozent sind 3k Leute. Für unsere Arbeit ist das eine zu geringe Legitimation.

Um 20.48 Uhr wird die Sitzung unterbrochen.

Um 21.05 Uhr geht die Sitzung weiter.

Ab hier Tobi und Adrian anwesend: 25 Stimmen anwesend

GO-Antrag: Markus SR stellt GO-Antrag auf Abweichung von der Tagesordnung: 7c. Sonstige Berichte zu 7c. Bericht ÄRa, 7d. HSG-Referat Bericht, beide jetzt behandeln.
Keine Gegenrede.

5.b Sammelbeschluss

Antragsteller:in : StuPa-Präsidium **Antragstext:** sh. Anhang 'Sammelbeschluss', 'RCDS', 'Mensarevolution' und den 'Vergleich'-Antrag am Ende

Markus SR: Ich schlage vor, wir gehen erstmal in die zweite Lesung, und klären dann da, da einige Beschlüsse ausgelagert werden in Einzelbeschlüsse. Genauer gesagt, der Vergleich-, RCDS- und Mensabeschluss.

Keine Gegenrede.

1. Lesung:

Kein Wortbeitrag

2. Lesung:

Markus SR: Frage an den ÄRa: Können wir die GO-Änderungen im Sammelbeschluss jetzt beschließen, oder müssen wir das separat machen?

Christian Schliz: Das geht jetzt, könnt es so machen.

Alexander: Was hält uns davon ab?

Antonia: Wenn man das annimmt, ist das zu allen Beschlüssen auf einmal oder machen wir jeden Punkt einzeln?

Tobias: Ich würde das als Formsache sehen, als pure Formalie. Das StuPa war zwar nicht richtig eingeladen, aber die Debatte hatten wir schon. Sonst kommen wir heute nicht raus.

Franka: Ich finde es nicht zu viel Zeit, jeden Punkt einfach einzeln abzustimmen.

Adrian K.: Stimme Franka zu, wenn Debatte aufkommt, sollte das diskutieren werden.

Markus SR: Wir gehen den Sammelbeschluss Punkt für Punkt durch und schauen, wie der Bedarf ist, für einzelne Abstimmungen

GO-Antrag: Markus SR stellt GO-Antrag auf einzelne Abstimmung der Punkte 5 - RCDS Antrag, 10 - Mensa und 16 - Vergleich. Dazu werden diese in dritter Lesung als einzelne Anträge abgestimmt.

Abstimmung: (22, 2, 1), (j, n, ent.) angenommen

ÄA von Sophia: Sophia Streichung Punkt 7

Markus SR: Übernehmen als Präsidium den ÄA zur Streichung von Punkt 7, da das redaktioneller Murx war und den Physik Antrag ja doppelt rein gemacht hat.

Im Anhang sind damit Ich würde gerne das StuPa auffordern, das auch beim Senat einzureichen.

Markus SR: Geht jeden verbleibenden Punkt im Sammelbeschluss einzeln durch und fragt, ob es noch Wortmeldungen dazu gibt.

Keine Wortmeldungen bei den einzelnen Punkten.

3 .Lesung:

Keine Wortmeldungen

Abstimmung: (24, 0, 1), (j, n, ent.) Alle Punkte außer 5,10,16 wurden im Sammelbeschluss beschlossen.

3. Lesung: zu Punkt 5

keine Wortbeiträge

Abstimmung: (20, 5, 0), (j, n, ent.) Punkt 5 ist angenommen

3. Lesung: zu Punkt 10

keine Wortbeiträge zu Punkt 10

Abstimmung: (20, 4, 1), (j, n, ent.) Punkt 10 ist angenommen

3. Lesung: zu Punkt 16

Adrian K.: Ich möchte nur sagen, dass es schon erfolgt ist. Unser Beschluss ändert nichts an der Sachlage

Abstimmung: (15, 4, 6), (j, n, ent.) Punkt 16 ist angenommen

Persönliche Erklärung von Tobias Deeg: Die Lebenszeit kriegt keiner von uns zurück.

5.c Änderung der Satzungen

1. Lesung:

Keine Wortmeldungen

2. Lesung:

Keine Wortmeldungen

3 .Lesung:

Keine Wortmeldungen

Abstimmung: (23, 1, 1), (j, n, ent.)

6 Wahlen

GO-Antrag: Markus SR stellt GO-Antrag auf drei Zählkommissionen für Wahl des Vorstandes und zwei für die anderen Wahlen.

Keine Gegenrede

Vorstandswahl-Zählkommission: Alexander Hallitschke, Tom Castendiek, Adrian Keller, Paul Hegenberg

Zählkommission für andere Wahlen:

1. Block: Niklas Hemken, Sarah Raab, Philipp Kohle, Markus Magarin

2. Block Antonia Bielefeld, Aris Lemonidis, Tutti, Charlotte

Wahlen 1. Block: SK Fragen der Lehrerbildung, HoC-Beirat, Finanzausschuss, Kontrollkommission Notlagenhilfe (Adrian Keller), Stellvertretung SKSL, SKSL

Wahlen 2. Block: Kontrollkommission Notlagenhilfe (Christian Schliz), Finanzausschuss (ab 01.05.2025), Wahlausschuss, Kommission Lehrerausbildung, MINT-Kolleg.

Alp (sh. unten) ist vor diesem Block gegangen, deshalb nur 24 Stimmen anwesend.

6.a Vorstand (AStA)

Markus SR: Schlägt für den Vorstand vor: Tobias Deeg und Gregor Ulbricht für den 1. und 2. Vorsitz, Arian Mulas und Amelie Grull für Finanzreferat 1 und 3, Annika Perchner und Niklas Hornberg für Innen 1 und 2, Markus Magarin für Außen 1, Nicoletta Pütz und Tobias Wiese für HSG 1 und 2, Nina Schüßler und Hanna Studinsky für Presse 1 und 2, Sascha Gruber und Linus Brauer für Sozial 1 und 2, Elisé Wamen und Mary Shopitan für International 1 und 2. Jakob Ostermann und Franka Fockel für Chancengleichheit 1 und 2, Felix Häußler und Sofia Carbone Sarmiento für Umwelt 1 und 2, Antonius Idvorean und Ruben Dittmann für Kultur 1 und 2, Yannik Enns und Tom Schindelhauer für IT 1 und 1 sowie Madleen Richter und Damian Spinola für Unifest 1 und 2.

Markus SR: Fragt ob noch wer für den Vorstand kandidieren will.

Keine Weiteren Bewerbungen für die Vorstandswahl.

Vorsitz 1: (20, 2, 3), (j, n, ent.) Tobi nimmt die Wahl an

Vorsitz 2: (24, 1, 0), (j, n, ent.) Gregor nimmt die Wahl an

Finanzen 1: (25, 0, 0), (j, n, ent.) Adrian Mulas nimmt die Wahl an

Finanzen 3: (25, 0, 0), (j, n, ent.) Amelie Grull nimmt die Wahl an

Innen 1: (25, 0, 0), (j, n, ent.) Annika Perchner nimmt die Wahl an

Innen 2: (25, 0, 0), (j, n, ent.) Niklas Hornberg nimmt die Wahl an

Außen 1: (24, 0, 1), (j, n, ent.) Markus Magarin nimmt die Wahl an

Außen 2: unbesetzt

International 1: (25, 0, 0), (j, n, ent.) Elisé Wamen nimmt die Wahl an

International 2: (24, 0, 0), (j, n, ent.) Mary Shopitan nimmt die Wahl an

Umwelt 1: (25, 0, 0), (j, n, ent.) Felix Häußler nimmt die Wahl an

Umwelt 2: (25, 0, 0), (j, n, ent.) Sofia Carbone Sarmiento nimmt die Wahl an

Kultur 1: (25, 0, 0), (j, n, ent.) Antonius Idvorean nimmt die Wahl an

Kultur 2: (24, 0, 1), (j, n, ent.) Ruben Dittman nimmt die Wahl an

IT 1: (22, 2, 1), (j, n, ent.) Yannik Enns nimmt die Wahl an

IT 2: (25, 0, 0), (j, n, ent.) Tom Schindelbauer nimmt die Wahl an

Unifest 1: (25, 0, 0), (j, n, ent.) Madleen Richter nimmt die Wahl an

Unifest 2: (25, 0, 0), (j, n, ent.) Damian Spinola nimmt die Wahl an

HSG 1: (25, 0, 0), (j, n, ent.) Nicoletta Pütz nimmt die Wahl an

HSG 2: (23, 1, 1), (j, n, ent.) Tobias Wiese nimmt die Wahl an

Presse 1: (24, 0, 1), (j, n, ent.) Nina Schüßler nimmt die Wahl an

Presse 2: (24, 0, 1), (j, n, ent.) Hannah Studinsky nimmt die Wahl an

Sozial 1: (23, 1, 1), (j, n, ent.) Sascha Gruber nimmt die Wahl an

Sozial 2: (25, 0, 0), (j, n, ent.) Linus Brauer nimmt die Wahl an

CHG 1: (25, 0, 0), (j, n, ent.) Jakob Ostermann nimmt die Wahl an

CHG 2: (25, 0, 0), (j, n, ent.) Franka Fockel nimmt die Wahl an

6.c Wahlausschuss

Wahlzeitraum: 01.01.2025 - 31.08.2025

Zur Wahl stehen: Yannik Enss, Nicoletta Pütz, Kris Weyrich, Daniela Weidel

Keine weiteren Bewerber:innen

(23, 0, 1), (j, n, ent.) alle vier Gewählten nehmen die Wahl an.

6.d Finanzausschuss

Wahlzeitraum: 01.05.2024 - 30.04.2025

zur Wahl steht: Alexander Hallitschke

(23, 1, 1), (j, n, ent.) Alexander nimmt die Wahl an

Wahlzeitraum 01.05.2025 -30.04.2026

zur Wahl stehen: Alexander Hallitschke, Adrian Keller

(24, 0, 0), (j, n, ent.) beide nehmen die Wahl an

6.f Kontrollkommission der Notlagenhilfe

Amtsperiode: 01.04.2025-31.03.2026 zur Wahl stehen: Adrian Keller, Christian Schliz

Wahl Adrian Keller: (23, 0, 2), (j, n, ent.) und nimmt die Wahl an

Christian Schliz: Stellt sich vor.

Niklas: Hast du irgendwelche politischen Affiliations?

Christian Schliz: actually nicht.

Wahl Christian Schliz: (17, 6, 1), (j, n, ent.) und nimmt die Wahl an

6.h Senatskommission für Studium und Lehre

Amtsperiode: 01.10.2024-30.09.2025 zur Wahl steht: Mahima Rajpal

(24, 0, 1), (j, n, ent.) Mahima Rajpal nimmt Wahl an

Stellvertretung:

Amtsperiode: 01.10.2024-30.09.2025

zur Wahl steht: Franka Fockel

(24, 0, 1), (j, n, ent.) Franka Fockel nimmt Wahl an

6.j Senatskommission für Fragen der Lehrerausbildung

Legislatur: 01.10.2024 - 30.09.2025

zur Wahl steht: Ronja Moench

(23, 0, 2), (j, n, ent.) Ronja Moench nimmt Wahl an

6.l Kommission Lehrerbildung Karlsruhe

Zeitraum: 01.10.2024 - 30.09.2025

zur Wahl steht: Ronja Moench

(24, 0, 0), (j, n, ent.) Ronja Moench nimmt die Wahl an

6.m Beirat des House of Competence

Amtsperiode: 01.04.2025-30.04.2025 zur Wahl stehen: Alena Börs, Adrian Keller, Felix Häusler
GO-Antrag auf en bloc Wahl

(23, 1, 1), (j, n, ent.) Alena Börs, Adrian Keller, Felix Häusler nehmen die Wahl an

6.o MINT-Kolleg Planungsausschuss

zur Wahl steht Annika Perchner

(24, 0, 0), (j, n, ent.) Annika Perchner nimmt Wahl an

6.p zentrale Kommission zur Verteilung der Qualipaktmittel

Wahlzeitraum: ?

zur Wahl stehen Tobias Deeg, Sascha Gruber, Linus Brauer, Franka Fockel, Sarah Raab

Ergebnis:

Sarah 23

Linus 23

Franka 19

Sascha 17

Tobi: 14

Damit sind gewählt: Sarah Raab, Linus Brauer, Franka Fockel, Sascha Gruber

Die Gewählten nehmen die Wahl an.

Alp: verlässt um 22.22 Uhr die Sitzung

7 Berichte

7.a AStA

Sascha: Was haben wir noch nicht geheilt?

Adrian K.: Ein paar Wahlen, wird von Innenreferat und Präsidium für gesorgt, dass beim nächsten Mal gewählt wird. Wir prüfen, was in nicht gewählten Amtszeiten passiert ist. Außer Vorstand ist nichts kritisches oder relevantes passiert. Vorstand wird noch übel. Nach den nächsten Wahlen ist das StuPa raus.

Sascha: Berichtet vom AStA: Sitzungstermine in der vorlesungsfreien Zeit sind festgelegt, wir haben Geld freigegeben für AK Fahrradcampus.

7.b FSK

Jan: Berichtet: Es war eine unübliche Sitzung. Haben eine Person in Finanzausschuss gewählt. Es gab Berichte.

Alexander: 23.23 Uhr: verlässt Sitzung

7.c Senat

Tobias: Berichtet: Präsident will Effizienz des Senats steigern. Will sich nicht eingestehen, dass es an seiner Sitzungsleitung liegt. Gab einen Bericht über die Studierendenzahlen. Weiblicher Anteil ist recht konstant, leider unter 30 Prozent. Bei ausländischen Studierenden gab es einen Anstieg. Allgemein hat sich der Knick von Corona gefangen. Sind nicht mehr das Sorgenkind von BW, das ist jetzt Stuttgart.

Jan: Aus Bereichsrat: Ist sehr kurzfristig auf Tagesordnung gekommen, kann sein, dass es erst nach der Sitzung klar wurde, worum es eigentlich geht.

Tobias: Update zu Hochschulfinanzierung. Stand heute: letztes Arbeitstreffen. Dann abschluss und formalia. Nächstes Jahr trotzdem Nullrunde, das wirkt sich auch auf die Zinsen aus. Sind paar Millionen pro Jahr. Steht in Aussicht, für ausfallende Tutorien ausgleichszahlungen machen. Angedacht dass Ressourcen für chancengleichheit von Professoren anzahl abhängig.

Adrian K.: Hängt von Ministerin ab. Sie ist unzufrieden mit den Mitteln, die ihr zu verfügung stehen. Sie spekuliert auf Nachtragshaushalt mit neuer Landesregierung.

Adrian K.: Zufriedenheit mit Präsident scheint gering zu sein. Wollen uns mal mit den Senatsmitgliedern zusammensetzen. Sehe nicht, dass es zukunftsträchtig ist, mit diesem Präsident. Wir halten euch auf dem Laufenden

7.d Bericht ÄRa

Anm.: Dieser unter-TOP wurde nach zwischen TOP 5a und TOP 5b behandelt.

Christian Schliz berichtet. Siehe hierzu das Protokoll des ÄRa vom 18.02.2025.

Alexander: Adrian ist ja fälschlicherweise im ÄRa mitgewählt. Was ist mit seinem StuPa Mandat?

Adrian K.: Ich bin gerade Vorstand, und ich vertrete heute Elisé als StuPa-Abgeordneten

7.e Hochschulgruppenreferat

Anm. Dieser unter-TOP wurde zwischen TOP 5a und TOP 5b behandelt.

Tobias Wiese: Berichtet:

Politische Gruppen fallen eigentlich nicht in unsere Hochschulgruppensatzung, da Primärzweck nicht erfüllt ist. Bei der nächsten Rückmeldung fallen die raus. Insbesondere politische Bildung und Volksbildung werden durch die Gruppen eben nicht verfolgt.

Niklas: Schwierig. Finde, dasss politische Hochschulgruppen schon was machen, zumindest der SDS macht mindestens 10 Veranstaltungen. Wie Genosse Deeg sagt, können wir keine Hochschulgruppensatzungsänderung machen, dass politische HSGs normale HSGs sind.

Tobias Wiese: Können wir probieren. Wie ist das mit Hochschulgruppen, die über den 1. April zurückgemeldet werden?

Tobias Wiese: Wenn das vorher angemeldet wurde.

Tobias: Wir müssen einfach die Satzung ändern.

Tobias Wiese: Nächste Woche kriegen wir nicht hin?

Alexander: Laufen jetzt wirklich alle politische HSGs aus?

Adrian K.: Zunächst nächste Woche kann keine StuPa Sitzung stattfinden. Vieles bedarf ohnehin Vorbereitungszeit.

Tobias Wiese: Politische Bildung muss ausschließlich neutrale Information sein. Das sind politischen HSGs nicht. Den Rest kann ich dir gerne nachreichen.

GO-Antrag: Sascha stellt GO-Antrag auf Schließung der Rednerliste.

Abstimmung: (13, 7, 4), (j, n, ent.) Die Rednerliste wird geschlossen

7.e.1 Sonstige Berichte

Sophia wird aus dem Präsidium ausscheiden, es wäre schön, wenn wir eine Nachfolge finden, die uns auf die Finger schuaen kann und weiterhin hilft.

Sophia: Plan ist, dass ich den März mache, danach bin ich weg. Kann nicht versprechen, dass es nicht stressig wird, aber es ist wichtig.

Jan: Wir sind euch dankbar, wenn ihr StuPa-Präsidium macht. Es passiert immer mal, dass man Mist baut, aber da reißt euch niemand den Kopf ab.

8 Sonstiges

Tom: Was hat sich mit den AfD-Abgeordneten getan?

Tobias: AStA hat eine offizielle Mail geschrieben und nachgefragt. Bisher gab es noch keine Rückmeldung.

Niklas: Es gibt eine Demo dagegen am Donnerstag 17 Uhr vor die Schwarzwaldhalle.

Adrian K.: Drucken wir noch Demoschilder? Wie koordinieren wir die Störaktionen?

Niklas: Die Demo plant Flyer auszuteilen.

Franka: Studis gegen Rechts wollte Buttons machen, ich weiß aber nicht, ob das noch klappt.

Antonia: Das AStA ist dort als studentische Repräsentation eingeladen, ich hätte gerne, dass

ihr da politische Neutralität wahrt.

Franka: Nein, ich darf offiziell gegen Nazis sein.

Sophia: Ich dachte wir hatten letzte Sitzung beschlossen, dass wir die Abgeordneten nicht da haben wollen, oder habe ich da etwas falsch verstanden? Dann sind Protestaktionen ganz im Sinne davon.

Sascha: Das ist wild, dass das von der LHG kommt. Mit dieser pro-faschistischen Haltung sollte man zumindest zum RCDS gehören.

Markus SR: Also wir wurden - wenn auch von einem kleinen Sample mit 8 Prozent - von der Studierendenschaft gewählt. Da solche Aktionen, zwar potentiell vom SDS kommend, damit irgendwo eine Legitimierung durch die Studis haben sollte klar sein. Und Volt, FIPS und JUSOS sehen das sicher genauso.

Tobias: Ich finde es unschön, Leute so persönlich so anzugehen, aber politische Neutralität zu wahren um diese Partei zu legitimieren, finde ich falsch.

Jan: Ich stimme Tobi zu. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir zwar angehalten sind, dass wir allgemeinpolitisch neutral sind, aber es hat Tradition, dass wir es nicht sind. Vor allem, wenn alle Gruppen sich nicht dagegen wehren.

Markus M: Puh. An Antonia, ich kann es verstehen, wir bewegen uns in einem demokratischen System, müssen uns in einer Mehrheit bewegen. In meiner Funktion als Repräsentant, der Studierende vertritt, muss ich politische Neutralität wahren. Aber wir werden denen ja nicht an die Gurgel gehen. Das KIT hat leider nicht immer eine tolle Geschichte gehabt. Das muss auch das Präsidium verstehen. Das KIT versucht, uns als ihr Steckenpferd für ihre Politik zu benutzen. Wir halten uns an eine gewisse Etikette.

Adrian K.: Ab dem Moment in dem wir auf der Veranstaltung sind, sind wir nicht mehr Privatpersonen. Ja, wir sind in einer politischen Neutralität. Haben kein Verbot, uns allgemein politisch zu äußern. Sehe aber kein Problem, wenn wir uns gegen eine Politik stellen, die gegen Studis ist. Wir hatten auch schon Zettel auf den Klos verteilt. Es verändert sich halt, gegen wen es geht.

Tom: Fand die Aussage von Antonia gerechtfertigt, im Sinne, dass man es betrachten muss. Es geht ja nicht darum, wie viele SDS-Leute ins StuPa gewählt wurden. Ihr sollte überlegen, ob man auf der Veranstaltung als AStA-Vertreter besser nicht voll drauf geht.

Sophia: Finde es, als Person mit Migrationshintergrund, etwas absurd, wenn ich als Repräsentant jemanden respektieren soll, der meine Existenz in diesem Raum, in diesem Land nicht respektiert.

Markus M: Hast recht, wir sollten die Kritik ausweiten. Die Grünen haben in den letzten Jahren genug Mist gebaut. Dann sind wir wieder neutral.

Franka: Auf allen KIT Veranstaltungen wo ich war, war ich immer KIT. Wichtiger: wir dürfen

uns ja gegen einzelne Punkte der AfD positionieren.

Markus SR: Allgemein: Ich glaube dass unter Studierenden die Wahlanteile anders aussehen, als in der Allgemeinbevölkerung. Das haben wir bei der Europawahl z.B. beim Wahlergebnis in der Oststadt, wo viele Studis leben gesehen, das auch mit dem Wahlergebnis der Studierendenparlamentswahlen korreliert. Wir sind auch in der Pflicht, uns für internationale Studis einzusetzen. Deshalb sollten wir hier bisschen zeigen wo wir stehen.

Um **00:02 Uhr** wird die Sitzung von **Markus SR** geschlossen.

Sammelbeschluss

1 Beschluss zur Änderung der StuPa GO: Regelungen zur Zählkommission

Beschluss:

Das Studierendenparlament beschließt:

Die GO des StuPas wird wie folgt geändert:

§1 – Einberufung

(2) Während Für Sitzungstermine in der Vorlesungszeit ist mit einer Frist von 4 Tagen einzuladen. In der vorlesungsfreien Zeit ist mit einer Frist von 7 Tagen einzuladen. Die Frist beginnt mit der Einladung an die nach § 1 Absatz 1 einzuladenden Personen.

§ 2 – Tagesordnung

(1) Mit der Einberufung der Sitzung muss die Tagesordnung inklusive der vorliegenden Anträge bekannt gegeben werden. Hierbei sind alle Vorschläge der Antragsberechtigten gemäß § 9 Abs. 1 aufzunehmen, wenn sie 12 Stunden vor der Einberufungsfrist beim Präsidium des Studierendenparlaments eingereicht wurden. Das Präsidium kann nach eigenem Ermessen Anträge zulassen welche, begründet, weniger als 12 Stunden vor der Einberufungsfrist eingereicht wurden.

§ 12a Durchführung von Wahlen

(1) Geheime Wahlen werden durch die Mitglieder der Studierendenparlaments unter Anleitung des Präsidiums durchgeführt. Die Wahl wird offen in der Sitzung ausgezählt. Die Gültigkeit von Stimmzettel bestimmt das Präsidium.

(2) Zur Durchführung von Wahlen kann abweichend von Abs. 1 auf Antrag eine Zählkommission für eine einzelne Wahl, mehrere Wahlen oder die ganze Sitzung eingesetzt werden. Diese Zählkommission besteht aus 2 bis 4 Mitgliedern, die mindestens 2 verschiedenen Listen angehören müssen. Die Mitglieder der Zählkommission müssen keine Mitglieder des Studierendenparlaments sein, dürfen aber nicht zu einer Wahl kandidieren, die sie auszählen. Die Mitglieder der Zählkommission werden auf Vorschlag des StuPa-Präsidiums offen en bloc gewählt. Die Zählkommission zählt die Wahlen aus und verkündet anschließend das Ergebnis. Sie muss sich über das Ergebnis einig sein.

(3) Diese Regelungen gelten entsprechend für geheime Abstimmungen.

(4) Die Zählkommission zählt die Wahlen aus für die sie gewählt ist und verkündet anschließend dem Studierendenparlament das Ergebnis. Die Mitglieder der Zählkommission müssen sich über das Ergebnis einig sein.

§ 13 - Wahl des Vorstands

(3) Die vom Studierendenparlament nach § 20 der Organisationssatzung zu wählenden Vorstandsmitglieder können vom Studierendenparlament einzeln durch konstruktives Misstrauensvotum mit Mehrheit der

Mitglieder des Studierendenparlaments abgewählt werden.

§15 (2) Ergänzen um: 20. Auflösung der Zählkommission

§15 (4) Ändern zu: Geschäftsordnungsanträge auf en bloc Wahl und Einrichtung einer Zählkommission [...]

§ 10 (4) Satz 1 Streichung: durch das Präsidium

Begründung:

Zu § 1: Klarheit über Einladungsfrist schaffen.

Zu § 2: Praxis der Vergangenheit in Realität umsetzen.

Zu § 12a und § 15: Einführung von Zählkommissionen um umfangreiche Wahlen zu beschleunigen. Das ist besonders für die Vorstandswahl hilfreich.

Zu § 13: Um späterer Änderung vorzubeugen, wenn sich die OSVS ändert.

2 Beschluss zur Änderung der Referatsstruktur

Beschluss:

1. Das Größe des Referats Vorsitz wird auf zwei Personen gesetzt.
2. Das Referat "Wissentransfer, Dokumentation und Recht" wird abgeschafft.
3. Die Größe des Referats Finanzen wird auf drei Personen gesetzt. Die dritte Person im Finanzreferat ist keine Stellvertreterin im Sinne der Finanzordnung.

Begründung:

1. Wir wollen die koordinative und organisatorische Arbeit im AStA und den dazugehörigen Vereinen auf mehr Schultern verteilen. Daher möchten wir insbesondere in der Rolle der stellv. Vorsitzende die Überlagerung mit dem Aufgaben eines weiteren Referates vermeiden.
2. Adrian verlässt den AStA und damit wird auch sein persönliches Nacharbeitungsreferat (de facto: das "Adrian-Keller-Referat") wieder aufgelöst.
3. Wir hatten bereits im vergangenen Jahr eine weitere Person für die Rolle der Finanzerin im UStA Kasse Karlsruhe e.V.. Ziel der Maßnahme war eine bessere Aufgabenverteilung und Entlastung des Finanzreferats. Diese Maßnahme war sehr erfolgreich und wir würden damit gerne weiter fortfahren. Leider hatten wir durch die gegebenen Struktur dieses Jahr ein paar Probleme und eigentlich überflüssige Hindernisse, da die UStA Finanzerin kein AStA Mitglied gewesen ist - insbesondere fehlende Einbeziehung in die AStA-Strukturen und fehlendes Einbeziehen in die Informationsflüsse des Vorstands sowie damit verbunden fehlende Ansprechpartner:innen. Diesen Problemen wollen wir durch ein Zuwählen in den AStA begegnen.

3 Antrag Kooperation mit PRO BONO

Antragsteller:in: Tobias Deeg

Antrag:

Das Studierendenparlament möge daher beschließen:

1. Die Verfasste Studierendenschaft strebt zur Stärkung ihres Angebots zur rechtlichen Beratung von Studierenden eine Kooperation mit PRO BONO Mannheim an.
2. Das Studierendenparlament beauftragt den Vorstand, die Details der Zusammenarbeit auszuarbeiten und darüber dem Studierendenparlament zu berichten.

Begründung:

Den AStA hat eine Anfrage zur Kooperation von PRO BONO Mannheim (<https://www.probono-mannheim.de/>) erreicht. Es handelt sich um eine große und bereits in der Thematik erfahrene Initiative von Mannheimer Studierenden, die insbesondere Studierenden rechtliche Beratung bietet.

Wir sehen hier großes Potential zur Ergänzung und Erweiterung unseres Portfolios zur rechtlichen Beratung unserer Studierenden. Insbesondere können wir Studierenden, die kein deutsch sprechen, momentan nur dann eine Beratung anbieten, wenn diese selbst einen Dolmetscher organisiert kriegen.

Weiterhin bietet die Gruppe auch weitreichende Unterstützung bei rechtlich relevantem Schriftverkehr und Mediationen.

Ich hätte für eine weitere Kooperation insbesondere auch deshalb die Zustimmung des Studierendenparlaments, weil es perspektivisch bei guter Zusammenarbeit darauf hinauslaufen würde, dass wir der Gruppe im nächsten Haushalt gerne auch einen entsprechenden finanziellen Zuschuss gewähren würden.

Wir sind momentan noch mit dem AStA der HKA in Klärung, ob die sich der Kooperation gegebenenfalls anschließen wollen.

4 Antrag zur Gründung des Arbeitskreises Nachhaltige Transformation und Auflösung des Nachhaltigkeitsreferats

Antragsteller:innen: Felix Häusler und Sofia

Das Studierendenparlament möge die Gründung des Arbeitskreises Nachhaltige Transformation und Auflösung des Nachhaltigkeitsrat beschließen.

Begründung:

Wir möchten mit der Gründung des Arbeitskreises den Nachhaltigkeitsrat in die bestehende Arbeitskreisstruktur integrieren.

Im Nachhaltigkeitsrat sind die studentischen Mitglieder des Runden Tisch der Nachhaltigkeit sowie das Referat für sozial-ökologische Transformation und weitere Nachhaltigkeits-interessierte Studis organisiert. Neben hochschulpolitischer Arbeit mit Nachhaltigkeitsbezug werden Veranstaltungen zur Bewusstseinsbildung und Vernetzung von Initiativen organisiert (Flohmarkt, Schlonz, Fahrradversteigerung, neu: Repair Café, ...).

5 Antrag zu RCDS-Bundesverbandsforderungen

Antragsteller: Tobias Deeg

Das Studierendenparlament möge beschließen:

1. Die Verfasste Studierendenschaft des KITs positioniert sich entschieden gegen die vom RCDS-Bundesverband, LHG-Bundesverband und Veronika Grimm erhobene Forderung, Studiengebühren wieder flächendeckend einzuführen und Studiengebühren als Instrument zur besseren Finanzierung von Hochschulen in Erwägung zu ziehen. Insbesondere erhöhte Studiengebühren für Studierende aus dem EU-Ausland schaden der akademischen Landschaft in Deutschland

2. Das Studierendenparlament stellt fest, dass die in diesem Rahmen erhobenen Forderungen gegen die Interessen der KIT-Studierenden und der KIT-Studierendenschaft gerichtet sind und verurteilt dies aufs Schärfste.

3. Das Studierendenparlament fordert den RCDS Karlsruhe auf, sich klar gegen den Beschluss seines Bundesverbandes zu positionieren und Farbe zu bekennen zu den sozialen Interessen der Studierenden im Land.

4. Das Studierendenparlament beauftragt den Vorstand der Studierendenschaft, öffentlich Stellung zu den beschlossenen Positionen der Absätze 1 und 2 zu beziehen.

Begründung:

In seiner Stellungnahme vom 22.11.2024 fordert der Bundesverband des RCDS die Aufnahme von Studiengebühren in das CDU-Wahlprogramm (<https://www.rcds.de/aktuelles/rcds-unterstuetzt-vorschlag-zu-studiengebuehren-und-fordert-langfristig/>)

Er erklärt weiterhin, dass Studiengebühren ein angemessenes Mittel seien, um die Finanzierungslücken an Hochschulen auszugleichen. Ideen, die Studiengebühren nach dem Studium gestaffelt und einkommensabhängig einzuziehen, können nur als völlig weltfremd bewertet werden – wie soll das bitte logistisch wie bürokratisch machbar sein? Was passiert mit Studienabbrechern? Was mit Leuten, die nach ein paar Semester ihr Fach wechseln? Am Ende wird durch diese Forderung einfach nur wieder das Fass Studiengebühren aufgemacht, aus dem sich die Fiskalpolitik dann wieder reichlich bedienen will.

Wer sich fragt, wie „pragmatisch“ und „realpolitisch“ – beides beliebte konservative Kampfbegriffe - solche Forderungen sind, der möge sich beispielsweise mit der Armutsquote von Studierenden in Deutschland befassen, mit der massiven Wohnungsnot und den absurden Mietpreisen in Studi-Städten. Oder, wer es konkreter mag, mit dem seit Jahren trotz wenig Öffentlichkeitsarbeit massiv steigenden Antragsvolumen an unsere Notlagenhilfe, der Verzweiflung der angehenden Studierenden, die wochenlang auf Feldbetten in unseren Notunterkünften schlafen und ihren Studieneinstieg statt mit Vorlesungen mit Wohnungsbesichtigungen verbringen, oder mit der massiven Unterfinanzierung auch der Studierendenwerke, die unter widrigsten Umständen versuchen, den Studierenden noch irgendwie eine Mensa und Wohnheimplätze zur Verfügung zu stellen.

Studierende sind die schwächste soziale Schicht Deutschlands. Studierende leben

in teils menschenunwürdigen Verhältnissen. Oftmals verkommt das Studium, dieser auch für die persönliche Entwicklung und das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein so essenzielle Teil des eigenen Bildungswegs mehr und mehr zu einem Wettrennen gegen die Zeit bzw. gegen den eigenen Kontostand. Wie soll man sich sinnvoll auf Studieninhalte konzentrieren, wenn man sich Gedanken darüber machen muss, ob man sich die zweite Hälfte des Monats wohl wieder von Reis und Tomatensauce ernähren muss?

Das alles prallt auf den absoluten politischen Unwillen, die Hochschulen vernünftig zu finanzieren. Es hängt nicht an der Verfügbarkeit – die Steuereinnahmen sind erst dieses Jahr in Baden-Württemberg wieder auf ein Rekordhoch gestiegen. Es hängt schlicht daran, dass Studis politisch keine Priorität haben, weil sie für Wahlen als weitestgehend irrelevant empfunden werden.

In diese Situation, in der selbst ein Festhalten am ohnehin schon miserablen sozialen Status Quo der Studierenden schon ein Kampf ist, platzt jetzt ein Haufen privilegierter Studis, die neben ihrem Studium die Zeit haben, sich mit bundesweiter ehrenamtlicher Partei- und Klientelpolitik auseinanderzusetzen und möchte seinen weniger privilegierten Mitstudis gern die finanziellen Daumenschrauben noch weiter anziehen. Natürlich soll hier nicht grundsätzlich ehrenamtliches Engagement angegangen werden – das wäre ja gerade auch in unserer Position auch mehr als seltsam. Aber machen wir uns nichts vor, Studierende in der ehrenamtlichen Hochschulpolitik bilden wohl kaum die durchschnittliche Sozialstruktur der Studierenden ab. Unabhängig davon scheint der RCDS hier aber völlig uninteressiert an der Lebensrealität zahlloser Studierender.

Nicht die, die massiv und überproportional von gutausgebildeten Fachkräften profitieren (also die Industrie und die oberen sozialen Schichten) sollen nach Meinung des RCDS-Bundesverbands das deutsche Bildungssystem retten, sondern die Studierenden, denen nach den Krisen der letzten Jahre das Wasser ohnehin bis zum Hals steht. Und wenn arme Menschen dann eben nicht mehr studieren können, was solls – die sind ja ohnehin keine konservativen Stammwähler...

Forderungen wie diese untergraben nicht nur in bester und traditioneller RCDS-Manier die Forderungen der breiten Studierendenschaft und den politischen wie sozialen Zusammenhalt unter den Studierenden, sondern sind auch realitätsfern, gesellschaftlich hochgradig riskant und absolut unsolidarisch. Wieder einmal zeigt der RCDS, dass er kein gesteigertes Interesse am Wohl gewöhnlicher Studierender hat.

Der RCDS Karlsruhe kann jetzt zeigen, dass er im Gegensatz zu seinem Bundesverband ein echtes Interesse an den sozialen Belangen der Studierenden hat. Nur wenn er sich laut und öffentlich gegen den Beschluss seines Bundesverbands wendet, behält er seine Glaubwürdigkeit dabei, sich für die Interessen der Studierenden einzusetzen.

6 Antrag an das Studierendenparlament zum Umzug der Fakultät für Physik

Beschluss:

Das Studierendenparlament möge sich gegen eine Verlegung der Institute für Physik an den Campus Nord einsetzen. Dazu wird eine Vertretung des StuPas beauftragt diesen Beschluss dem Präsidium des KIT beim Q&A am 29.11.2024 zu diesem Thema vertreten.

Begründung:

Verschiedene Vertreter:innen der Physik haben jahrelang in Gremien deutlich gemacht, dass wir gegen einen vollständigen Umzug auf und an den Campus Nord sind. Anfangs sollte auch die gesamte Lehre, dann nur die Master-Lehre an den Campus Nord verlegt werden. Wir als Fachschaft Physik haben 2021 eine Umfrage unter den Studierenden durchgeführt, um Eure Meinung dazu zu erfahren: Die Mehrheit war eindeutig gegen einen Umzug der Physik-Lehre an den Campus Nord. Damit konnten wir erzielen, dass das Präsidium seine Meinung änderte und zumindest die Lehre größtenteils am Campus Süd bleiben sollte. Jetzt wollen sie aber die gesamte Fakultät (ohne den Lehrbetrieb) an den Campus Nord verlegen! Im Rahmen einer Informationsveranstaltung am 19.11.24 wurde die Meinung der Anwesenden zum Umzug der Institute an den CN erhoben. Der Umzug wurde deutlich abgelehnt.

Das Verhältnis zwischen Studierenden und Professoren, und zwischen Lehre und Forschung würde dadurch erheblich geschädigt werden. Studierende müssten für ihre Abschlussarbeiten an den Campus Nord, wodurch der Kontakt zum Rest der Studierendenschaft und dem sozialen Leben am Campus Süd stark beeinträchtigt würde. Die Logistik wäre auch ein großes Problem. Mit dem Fahrrad im Winter oder nachts durch den Wald zu fahren, ist gefährlich. Mit dem Bus auf den Campus Nord zu fahren ist schon jetzt ein Abenteuer, wenn man dies in den Stoßzeiten tut. Ganz zu schweigen davon, dass dies auch dem Gedanken der Nachhaltigkeit widerspricht. Für keine andere Disziplin am KIT gibt es derartige Pläne. Chemie, Mathematik und Informatik haben z.B. neue Gebäude auf dem Campus Süd bekommen - ohne umzuziehen. Das Chemiegebäude wurde/wird z.B. während des Chemie-Aufenthalts auf dem Campus Süd renoviert. Alle unsere Bedenken haben wir in der Vergangenheit in den Gremien sehr deutlich an das Präsidium kommuniziert. Trotzdem wurde dies ignoriert und die Entscheidung getroffen, dass die Physik an den Campus Nord ziehen muss. Nach Diskussion im Fakultätsrat hat sich die Fakultät dazu entschieden, dass wir gemeinsam den Beschluss des Präsidiums nicht akzeptieren! Daher haben wir uns entschlossen, dass wir alle zur Informationsveranstaltung gehen: Profs, Post-Docs, Doktorand:innen, Mitarbeiter:innen und Studierende. Wir wollen zeigen, dass wir Physiker:innen zusammenhalten, dass uns die Physik am KIT am Herzen liegt und wir uns um die Zukunft des KIT als Studienort sorgen. Deshalb werden Vertreter:innen der Physik dem Präsidium noch einmal sachlich darlegen, warum wir gegen die Entscheidung sind, alle Physik Institute an den Campus Nord zu verlegen.“ Weiter würde die Verlegung an den Campus Nord dazu führen, dass ggf. auch Praktika für Nebenfach Physik am Campus Nord wären, was auch Studierende betreffen würde, die nicht Physik studieren.

7 Berichtigung der StuPa-GO

Beschluss:

Das Studierendenparlament möge sich gegen eine Verlegung der Institute für Physik an den Campus Nord einsetzen. Dazu wird eine Vertretung des StuPas beauftragt diesen Beschluss dem Präsidium des KIT beim Q&A am 29.11.2024 zu diesem Thema vertreten.

Begründung:

Verschiedene Vertreter:innen der Physik haben jahrelang in Gremien deutlich gemacht, dass wir gegen einen vollständigen Umzug auf und an den Campus Nord sind. Anfangs sollte auch die gesamte Lehre, dann nur die Master-Lehre an den Campus Nord verlegt werden. Wir als Fachschaft Physik haben 2021 eine Umfrage unter den Studierenden durchgeführt, um Eure Meinung dazu zu erfahren: Die Mehrheit war eindeutig gegen einen Umzug der Physik-Lehre an den Campus Nord. Damit konnten wir erzielen, dass das Präsidium seine Meinung änderte und zumindest die Lehre größtenteils am Campus Süd bleiben sollte. Jetzt wollen sie aber die gesamte Fakultät (ohne den Lehrbetrieb) an den Campus Nord verlegen! Im Rahmen einer Informationsveranstaltung am 19.11.24 wurde die Meinung der Anwesenden zum Umzug der Institute an den CN erhoben. Der Umzug wurde deutlich abgelehnt.

Das Verhältnis zwischen Studierenden und Professoren, und zwischen Lehre und Forschung würde dadurch erheblich geschädigt werden. Studierende müssten für ihre Abschlussarbeiten an den Campus Nord, wodurch der Kontakt zum Rest der Studierendenschaft und dem sozialen Leben am Campus Süd stark beeinträchtigt würde. Die Logistik wäre auch ein großes Problem. Mit dem Fahrrad im Winter oder nachts durch den Wald zu fahren, ist gefährlich. Mit dem Bus auf den Campus Nord zu fahren ist schon jetzt ein Abenteuer, wenn man dies in den Stoßzeiten tut. Ganz zu schweigen davon, dass dies auch dem Gedanken der Nachhaltigkeit widerspricht. Für keine andere Disziplin am KIT gibt es derartige Pläne. Chemie, Mathematik und Informatik haben z.B. neue Gebäude auf dem Campus Süd bekommen - ohne umzuziehen. Das Chemiegebäude wurde/wird z.B. während des Chemie-Aufenthalts auf dem Campus Süd renoviert. Alle unsere Bedenken haben wir in der Vergangenheit in den Gremien sehr deutlich an das Präsidium kommuniziert. Trotzdem wurde dies ignoriert und die Entscheidung getroffen, dass die Physik an den Campus Nord ziehen muss. Nach Diskussion im Fakultätsrat hat sich die Fakultät dazu entschieden, dass wir gemeinsam den Beschluss des Präsidiums nicht akzeptieren! Daher haben wir uns entschlossen, dass wir alle zur Informationsveranstaltung gehen: Profs, Post-Docs, Doktorand:innen, Mitarbeiter:innen und Studierende. Wir wollen zeigen, dass wir Physiker:innen zusammenhalten, dass uns die Physik am KIT am Herzen liegt und wir uns um die Zukunft des KIT als Studienort sorgen. Deshalb werden Vertreter:innen der Physik dem Präsidium noch einmal sachlich darlegen, warum wir gegen die Entscheidung sind, alle Physik Institute an den Campus Nord zu verlegen.“ Weiter würde die Verlegung an den Campus Nord dazu führen, dass ggf. auch Praktika für Nebenfach Physik am Campus Nord wären, was auch Studierende betreffen würde, die nicht Physik studieren.

8 Berichtigung der StuPa-GO

Beschluss:

Das StuPa möge beschließen,

§15 Abs. 2 Satz 16 StuPa GO:

„Abweichung von der Geschäftsordnung nach § 19 Absatz 2“

zu

„Abweichung von der Geschäftsordnung nach § 20 Absatz 2“

und §15 Abs. 2 Satz 17 StuPa GO:

„Anzweiflung der Auslegung der Geschäftsordnung nach § 19 Absatz 1“

zu

„Anzweiflung der Auslegung der Geschäftsordnung nach § 20 Absatz 1“

zu ändern.

Begründung:

§15 Abs. 2 Satz 16 und 17 beziehen sich auf die StuPa-GO und referenzieren §19. Da §19 sich im Gegensatz zu §20 jedoch mit der Beschlussammlung befasst, nicht jedoch wie §20 mit der StuPa-GO erscheint es sinnvoll, dies zu berichtigen.

9 Beschluss zum Förderverein

Antragssteller:in: Tobias Wiese

Beschluss:

Das Studierendenparlament beauftragt den Vorstand, den durch die Auflösung des Fördervereins entstehenden Bedarf der Hochschulgruppen an finanzieller Förderung zu ermitteln und einem Ausschuss des Studierendenparlament zur weiteren Entscheidung vorzulegen.

10 Beschluss zur Initiative Mensarevolution

Antragsteller:in Felix Häusel

Beschluss

Das Studierendenparlament der Verfassten Studierendenschaft des KIT beschließt:

1. Die Verfasste Studierendenschaft unterstützt den Forderungskatalog der bundesweiten Initiative Mensarevolution (siehe Anhang). Der Initiative wird gestattet, das Logo der VS in Zusammenhang mit dem Forderungskatalog zu nutzen.

2. Die Verfasste Studierendenschaft beauftragt den Vorstand sowie die studentischen Vertreter:innen in der Vertretungsversammlung des Studierendenwerks sich gegenüber

Vertreter:innen des Studierendenwerks Karlsruhe für die Umsetzung des Forderungskatalogs einzusetzen.

3. Die Verfasste Studierendenschaft beauftragt den Vorstand analoge Forderungen bei eigenen Veranstaltungen zu berücksichtigen sowie sich gegenüber Ausrichter:innen von

studentischen Veranstaltung am KIT für die Umsetzung analoger Forderungen einzusetzen. Ausgenommen sind hierbei die Mensa-spezifischen Forderungen 1.5, 1.6, 1.7, 3.1, 3.3, 3.4, 5.1 und 5.2.

Begründung:

Multiple Krisen ökologischer und sozialer Natur zwingen uns zu einer Transformation zur Nachhaltigkeit. Dies trifft insbesondere auf die Ernährung zu, welche für 15% der deutschen Emissionen verantwortlich ist [1] und nach der Miete, mit einem Anteil von durchschnittlich 24%, der zweitgrößte Ausgabeposten von Student:innen in Deutschland ist [2]. Mensarevolution [3] ist eine bundesweite studentische Initiative für nachhaltige und zukunftsfähige Mensen, welche einen Forderungskatalog (siehe Anhang) veröffentlicht hat.

Die Initiative fordert unter anderem, dass die Speiseplangestaltung den Empfehlungen der Planetary Health Diet [4, 5] entspricht und dass klimafreundliche Gerichte die

preisgünstigere Option darstellen. Auch soll mehr Regionalität und Saisonalität bei den Zutaten und den angebotenen Produkten berücksichtigt werden. Des Weiteren wird die Verwendung von Lebensmitteln, Getränken und Kaffees aus ökologischer Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitung gefordert sowie tierische Produkte aus höchsten Haltungsstufen. Eine klimafreundliche & zukunftsfähige Mensa muss für alle zugänglich sein, womit ein täglich mind. Wechselndes, klimafreundliches Gericht als günstigste Option in jeder Mensa angeboten werden sollte. Es sollen niedrigschwellige Beteiligungs- und Feedbackformate zu Essensauswahl, preislicher Gestaltung und damit einhergehendem Besuchs-/ Konsumverhalten sowie aktive Befragungen von Besucher*innen zu Nachhaltigkeit in der Mensa angeboten werden. Außerdem sollen die Mensaräume über die Essensausgabe hinaus geöffnet werden, um diese Flächen und Räume sinnvoll als (studentischen) Aufenthalts- & Arbeitsraum zu nutzen. Zudem soll ein stärkeres Engagement gegen Essensverschwendung und für die Müllvermeidung erfolgen sowie konsequente Mülltrennung durchgeführt werden. Weiterhin sollte eine transparente Darstellung der Treibhausgasbilanzierung in der Hochschulgastronomie erfolgen sowie die Veröffentlichung der Durchschnittspreise und deren zeitliche Entwicklung sowie die Anteile der Gerichtskategorien vegan/vegetarisch/omnivor am Gesamtangebot. Die Notwendigkeit der Umsetzung der einzelnen Forderungen werden ausführlich in dem Forderungskatalog begründet. Dieser Forderungskatalog bildet eine fundierte Ausgangslage, um die angesprochene notwendige Transformation zu einer nachhaltigen Ernährung an die Verpflegungsbetriebe am KIT zu bringen. Die Verfasste Studierendenschaft sollte außerdem auf die durch sie durchgeführte, bzw. durch sie geförderte Lebensmittelversorgung Einfluss nehmen, um auch hier die notwendige Transformation zu einer nachhaltigen Ernährung Anzustößen.

Referenzen:

[1]

https://www.umweltbundesamt.de/themen/landwirtschaft/landwirtschaft-umweltfreundlich-gestalten/fragen-antworten-zu-tierhaltung-ernaehrung#Frage2_2

[2]

https://www.studierendenwerke.de/fileadmin/user_upload/22._Soz._Hauptbericht_barrierefrei.pdf

[3] <https://mensarevolution.de/>

11 Antrag Jobticket

Antragssteller:in: Tobias Deeg

Beschluss:

1. Das Studierendenparlament gibt 500€ frei für die Gewährung von Zuschüssen für ein Jobticket für die Angestellten der Verfassten Studierendenschaft als Lohnnebenleistung in Höhe von 25€ p.P., um die Attraktivität der Studierendenschaft als Arbeitgeber zu erhöhen.
2. Das Studierendenparlament erteilt gemäß § 20 Abs. 5 Finanzordnung für das folgende Haushaltsjahr eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1800€ für die Gewährung von Zuschüssen für ein Jobticket für die Angestellten der Verfassten Studierendenschaft als Lohnnebenleistung.

12 StuPa-Beschluss zur Geldfreigabe zum Ausgleich des Fehlbetrages der Kasse der Notunterkünfte

Antragssteller:in: Tobias Deeg

Beschluss:

Das Studierendenparlament nimmt den Widerspruch des Beauftragten für den Haushalt zur Kenntnis und bestätigt die Freigabe von 135 € für den Ausgleich des Fehlbetrags bei den Notunterkünften 2024 durch den Vorstand.

Begründung:

Bei der Organisation der Notunterkünfte wurde unter Missachtung aller einschlägigen Regelungen eine Barkasse geführt, um Kautionen für die Ausgabe von Schlüsseln und Transpondern zu erheben. Weiterhin wurde über die Kautionserhebung unvollständig bzw. fehlerhaft Buch geführt und das Geld völlig unzureichend gesichert in einem nicht abgeschlossenen Schrankfach gelagert. Zu dem Raum, in dem das Geld gelagert wurde,

hatten insbesondere während der wöchentlichen anwaltlichen Informationsgespräche Studierende unbeaufsichtigt Zugang.

Bei der Ausgabe der Zugangsmedien und dem Einzug von Kautions waren 6 Personen involviert. Keine der Personen hatte einschlägige Kenntnisse der Finanzordnung oder anderweitige Erfahrungen beim Ausführen ähnlicher Prozesse.

Am 7. November 2024 wurde ich vom studentischen Sozialberater darüber in Kenntnis gesetzt, dass es bei der Rückgabe der Kautions eventuell zu Unregelmäßigkeiten kam.

Im Rahmen dessen setzte ich mich erstmals detailliert mit der Organisation der Notunterkünfte auseinander. Dabei wurde ich auf folgendes aufmerksam:

1. Es wurden Barkassen ohne Einhaltung der einschlägigen Vorschriften geführt.
2. Das Bargeld wurde völlig unzureichend geschützt gelagert.
3. Die Dokumentation der Kautionsannahme und -ausgabe war fehlerhaft und unvollständig.
4. Es stand der Verdacht eines Fehlbetrags im Raum. Zu diesem Zeitpunkt konnte der Fehlbetrag aufgrund der unvollständigen Dokumentation noch nicht genau beziffert werden. Da zu diesem Zeitpunkt nur noch 8 Kautions nicht ausbezahlt waren, konnte eine Maximalhöhe des Schadens von 240 € festgestellt werden.

Ich habe daraufhin folgende Maßnahmen ergriffen:

1. Ich habe angewiesen, dass nur noch der Sozialberater und ein Mitglied des Innenreferats mit der Verwaltung der Kautions betraut sind, da diese in der Vergangenheit Zuverlässigkeit bewiesen haben.
2. Als Vorsitzender des Studierenden Service Verein Karlsruhe e.V. habe ich aus dessen Kasse 240 € entnommen, um kurzfristig die weitere Rückzahlung von Kautions zu gewährleisten.
3. Ich habe mich in den Kommunikationskanal der Organisationsgruppe eingeklinkt. Dort habe ich die Situation geschildert und alle Beteiligten aufgefordert, bei der Aufklärung der

Sachlage mitzuwirken.

4. Ich habe den Beauftragten für den Haushalt Adrian Keller informiert.

5. In der Sitzung am 11. November habe ich den Vorstand erstmals im Rahmen der Vorstandssitzung über die Situation informiert, am 18. November gab es einen ausführlichen Bericht in der Sitzung des Vorstands.

Der Sozialberater und das Mitglied des Innenreferats haben im weiteren Verlauf alle Personen, die Kautionen gezahlt haben, befragt und somit eine genauere Einschätzung des tatsächlich entstandenen Schadens möglich gemacht. Nach aktuellem Ermittlungsstand beläuft sich der entstandene Schaden auf 135 €. Diese Summe setzt sich zusammen aus 4 Kautionen und dem für einen fehlenden Transponder fälligen Betrag an den HaDiKo e.V. von 15 €. Der Verbleib dieses Transponders ist durch die mangelhafte Dokumentation nicht ermittelbar.

Ich stelle fest, dass niemandem nachgewiesen werden kann, dass er oder sie für die Entscheidungen, die den entstandenen Schaden bedingen, verantwortlich ist.

Weiteres Vorgehen:

Der Vorgang wird intern ausgewertet und alle damit verbundenen Prozesse werden evaluiert. Insbesondere über die Verbesserung der Wissenstransfer-Ressourcen muss unbedingt verhindert werden, dass vergleichbare Vorkommnisse sich wiederholen.

Weiterhin muss der Umgang der Studierendenschaft mit Barkassen geprüft und die Prozesse dafür müssen klar definiert werden

Der Vorstand hat gestern (16.12.2024) folgenden Beschluss gefasst:

„Der Vorstand gibt 135 € für den Ausgleich des Fehlbetrags bei den Notunterkünften 2024 frei.“

Ergebnis: 10/0/0 (Ja/Nein/Enthaltung)

Unser Beauftragte für den Haushalt hält den Beschluss für rechtlich mindestens fragwürdig und merkt – aus meiner Perspektive folgerichtig – an, dass ein Beschluss des

Vorstands an dieser Stelle ungeeignet scheint, weil Vorstandsmitglieder maßgeblich in die Geschehnisse involviert sind. Deshalb ist hier eine Befassung durch das Studierendenparlament sowohl inhaltlich wie formell unumgänglich.

Bei größeren Beträgen wäre der korrekte Schritt an dieser Stelle, juristisch Schadensansprüche prüfen zu lassen. Aufgrund der relativen Geringfügigkeit des entstandenen Schadens und der unklaren Verantwortlichkeit scheint es aber unverhältnismäßig und unwirtschaftlich, diesen Schritt zu gehen. Der Beauftragte für den Haushalt äußert ebenfalls Zweifel an der Angemessenheit eines solchen Vorgehens.

13 Beschluss zur Einsetzung eines Ausschuss für Hochschulgruppenförderung

Antragssteller:in: Adrian Keller

Beschluss:

Das Studierendenparlament setzt nach § 16 Abs. 2 S. 1 und 2 der Geschäftsordnung einen Ausschuss für Hochschulgruppenförderung ein. Das Studierendenparlament erteilt gemäß § 16 Abs. 1 S. 3 Alt. 2 der Geschäftsordnung dem Ausschuss für Hochschulgruppenförderung Arbeitsauftrag zur Vorbereitung der Haushaltsberatungen auf Grundlage der beim Hochschulgruppenreferat eingegangenen Anträge auf Förderung einen Vorschlag zur Förderung von Hochschulgruppen zu erarbeiten. Das Studierendenparlament erteilt gemäß § 16 Abs. 3 S. 1 der Geschäftsordnung seine Zustimmung zur Wahl von Aris Lemonidis zum Vorsitzenden des Ausschusses für Hochschulgruppenförderung.

14 Beschluss zur Freigabe von 1800€ für Lexware Lizenzen

Antragssteller:in: Adrian Mulas

Beschluss:

Das Studierendenparlament gibt 1800€ für die gestiegenen Kosten der Software "Lexware" frei.

Begründung:

Im aktuellen Haushaltsplan sind 4700 Euro für Software-Lizenzen angesetzt, 1600 davon explizit für Lexware. Diese haben allerdings ihre Preise erhöht, sodass die Lizenz jetzt 1712,17 Euro kostet. Gleichzeitig ist der Ansatz für die Softwarepakete Proxy und Red um

fast 800 Euro höher als tatsächlich nötig (2900 geplant, 2108,52 tatsächliche Kosten). Damit wir Lexware bezahlen können würde ich gerne einen Antrag auf 1800 Euro für diese Software stellen, da der Gesamttitel Software damit nicht überzogen wird.

15 Beschluss zur Festlegung des Wahlzeitraums der StuPa-Wahl 2025

Antragssteller:in: Annika Perchner

Beschluss:

Das Studierendenparlament legt für die Wahlen des Studierendenparlaments und aller Fachschaftsvorstände für die Amtszeit vom 01. Oktober 2025 bis zum 30. September 2026 den Wahlzeitraum vom 21.07.2025 bis zum 25.07.2025 fest.

16 Beschluss zur Freigabe von Geldern für einen Vergleich

Antragssteller:in: Tobias Deeg

Beschluss:

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Das Studierendenparlament gibt 5500€ für einen Vergleich in einem Rechtsstreit gegen die Verfasste Studierendenschaft des KIT frei.

Begründung:

Erfolgte mündlich

17 Antrag FS ChemBio Türschloss

Antragssteller:in: Lennard Wickersheimer i.A. FS ChemBio

Beschluss:

Das Studierendenparlament genehmigt die Ausgabe von 1356,03€ aus dem VS-Teilhaushalt der Fachschaft für Chemie und Biowissenschaften zur Anschaffung und Installation eines elektronischen Türschlosses.

Begründung:

Die FS ChemBio möchte ihr derzeitiges Türschloss austauschen, da es bereits älter ist und zahlreiche der zugehörigen Schlüssel verloren gegangen sind. Dies stellt einerseits ein sicherheitstechnisches Problem aus, da sich Schlüssel in den

Händen fachschaftsfremder Personen befinden könnten, andererseits haben wir logistisch auch nicht mehr genügend Schlüssel für alle Mitglieder, die einen bräuchten. Um solche Probleme in Zukunft zu vermeiden, möchten wir uns ein elektronisches, kartengesteuertes Türschloss anschaffen. Dabei möchten wir auf das in den AStA-Containern verwendete System zurückgreifen. Über die Verwendung der KIT-Türschlösser haben wir uns informiert, hier wurde aber ein deutlich höherer Preis (der auch von uns bezahlt werden müsste, „unter 5000€ kommen Sie da nicht weg“), eine lange Dauer, bis das Schloss geliefert und eingebaut werden kann sowie eine komplizierte Verwaltung der Zugänge über die KIT-DEen in Aussicht gestellt. Die Fachschaft für Chemie und Biowissenschaften bittet daher um die Genehmigung der Ausgabe von 1356,03€ aus ihrem Teihaushalt durch das Studierendenparlament.

18 Antrag zu Wahlrecht für Orientierungsstudierende

Wahlrecht für Orientierungsstudierende

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Das Studierendenparlament stellt gemäß § 20 Abs. 1 KITG i. V. m. § 65a Abs. 6 S. 1 LHG den nachfolgenden Satzungsentwurf als Antrag an den KIT-Senat des KIT.

Synopse

alte Version	neue Version
Für das Orientierungsstudium immatrikulierte Studierende nehmen an der akademischen Selbstverwaltung nicht teil. Insbesondere sind sie nicht wahlberechtigt und nicht wählbar. Für das Orientierungsstudium immatrikulierte Studierende sind nicht berechtigt, einen Hochschulabschluss zu erwerben. Mit der Immatrikulation in das Orientierungsstudium ergibt sich kein Anspruch auf Zulassung und Immatrikulation in einen Studiengang am KIT.	Für das Orientierungsstudium immatrikulierte Studierende sind Mitglieder des KIT und nehmen an der akademischen Selbstverwaltung teil. Insbesondere sind sie wahlberechtigt und wählbar. Für das Orientierungsstudium immatrikulierte Studierende sind nicht berechtigt, einen Hochschulabschluss zu erwerben. Mit der Immatrikulation in das Orientierungsstudium ergibt sich kein Anspruch auf Zulassung und Immatrikulation in einen Studiengang am KIT.

Vierte Satzung zur Änderung der Zulassungs- und Immatrikulationsordnung des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT)

Aufgrund von § 10 Abs. 2 Nr. 5 und § 20 Abs. 2 KIT-Gesetz in der Fassung vom 14. Juli 2009 (GBl. S. 317 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung des Universitätsklinik-Gesetzes und anderer Gesetze vom 15. November 2022 (GBl. S. 585), §§ 58 Abs. 5, 63 Abs. 2 Landeshochschulgesetz in der Fassung vom 1. Januar 2005 (GBl. S. 1 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes zum Erlass eines Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes und zur Verankerung des Klimabelangs in weiteren Rechtsvorschriften vom 07. Februar 2023 (GBl. S. 26, 43), hat der KIT-Senat am 19.02.2024 die nachstehende Satzung beschlossen:

Artikel 1

§ 19a Abs. 2 der Zulassungs- und Immatrikulationsordnung des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) vom 22. Oktober 2021 (Amtliche Bekanntmachung des KIT Nr. 65 vom 22. Oktober 2021), zuletzt geändert durch die Satzung vom 27. Februar 2024 (Amtliche Bekanntmachung des KIT Nr. 10 vom 27. Februar 2024), wird wie folgt geändert:
„Für das Orientierungsstudium immatrikulierte Studierende sind Mitglieder des KIT. Insbesondere sind sie wahlberechtigt und wählbar. Für das Orientierungsstudium immatrikulierte Studierende sind nicht berechtigt, einen Hochschulabschluss zu erwerben. Mit der Immatrikulation in das Orientierungsstudium ergibt sich kein Anspruch auf Zulassung und Immatrikulation in einen Studiengang am KIT.“

Artikel 2

Die Satzung tritt am 1. April 2025 in Kraft.

19 Antrag zum gerechteren Anmeldeverfahren für den Hochschulsport

Antragssteller:innen: Franka Fockel, Felix Häusler

Beschluss:

Das Studierendenparlament der Verfassten Studierendenschaft des KIT beschließt:

1. Das Anmeldeprinzip "First-Come-First-Serve" des Hochschulsport am KIT

ermöglicht nicht allen Studierenden den gleichen Zugang zu dem Angebot und ist daher kein geeignetes Anmeldeverfahren.

2. Der AStA am KIT wird beauftragt sich mit dem Hochschulsport am KIT auf ein anderes Anmeldeverfahren für Kurse ohne Leistungsvoraussetzung zu verständigen.

Dieses Anmeldeverfahren soll möglichst allen Studierenden den gleichen Zugang zum Angebot ermöglichen.